

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Dr. Otmar Bernhard, Markus Sackmann, Franz Josef Pschierer, Prof. Ursula Männle, Marianne Deml, Dr. Karl Döhler, Henry Schramm, Alfons Zeller, Walter Nadler**, Melanie Beck, Reinhold Bocklet, Klaus Dieter Breitschwert, Helmut Brunner, Manfred Christ, Heinz Donhauser, Gerhard Eck, Herbert Ettengruber, Herbert Fischer, Gertraud Goderbauer, Christine Haderthauer, Dr. Marcel Huber, Konrad Kobler, Alexander König, Franz Kustner, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Christa Matschl, Christian Meißner, Dr. Helmut Müller, Martin Neumeyer, Eduard Nöth, Ingeborg Pongratz, Sepp Ranner, Roland Richter, Sebastian Freiherr von Rotenhan, Eberhard Rotter, Herbert Rubenbauer, Heinrich Rudrof, Angelika Schorer, Reserl Sem, Bernd Sibler, Hans Spitzner, Georg Stahl, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manfred Weber, Helga Weinberger, Peter Welnhofer, Otto Zeitler, Josef Zellmeier und **Fraktion CSU**

Drs. 15/785

Die bayerischen Grenzregionen im Zuge der EU-Osterweiterung stärken

I. Der Landtag stellt fest:

Die Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 stellt einen mutigen historischen Schritt auf dem Weg zur Vereinigung unseres Kontinents dar. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität Europas und bietet die Chance zur langfristigen Garantie von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in ganz Europa. Die lange gewachsenen und durch die Teilung unterbrochenen, kulturellen Gemeinsamkeiten können wieder belebt werden.

Die Erweiterung ist zugleich auch die Antwort auf die Globalisierung. Bayern rückt wieder ins Zentrum Europas. Das bietet neue Chancen, aber auch Herausforderungen. Wir wollen einen Wirtschaftsraum Zentraleuropa, denn wir sehen darin mittel- und langfristige Vorteile. Zwar wird sich die Arbeitsteilung mit den Beitrittsstaaten vertiefen. Es erschließen sich aber für das stark exportorientierte Bayern auch neue Absatzmärkte.

EU-Transferleistungen dürfen nicht für unfaires Steuerdumping missbraucht und auf diese Weise Arbeitsplätze einfach nach Osten verlagert werden.

Der vergrößerte Binnenmarkt wird den Wettbewerb der EU stärken und die wirtschaftlichen Schwächen Deutschlands schonungslos offen legen. Das starke Arbeitskosten-, Steuer- und Fördergefälle zu den Beitrittsländern erfordert von der bayerischen Wirtschaft erhebliche Anstrengungen, um sich auch künftig im weltweiten Wettbewerb behaupten zu können. Besonders die grenznahen Standorte sind anfangs einem immensen Anpassungsdruck ausgesetzt.

Die EU leistet mit einem Gemeinschaftsprogramm, das für 23 Grenzregionen von Finnland bis Griechenland gerade einmal mit 260 Mio. € ausgestattet ist, bislang einen finanziell eher unbedeutenden Beitrag. Nur 15 Mio. € sind dabei zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der von der Osterweiterung besonders betroffenen Grenzregionen und Wirtschaftszweige ausgewiesen.

Die Bundesregierung verweigert dem Grenzland mit ihrer bisherigen Haltung und dem Ausbleiben der vom Kanzler versprochenen Unterstützung die Solidarität. Sie schwächt damit die nationale Wettbewerbsfähigkeit, statt sich für einen Ausgleich des Fördergefälles und dessen Folgen einzusetzen.

Allein der Freistaat Bayern gibt den Grenzregionen mit seinem „100 Mio. €-Ertüchtigungsprogramm Ostbayern“ und der Ausschöpfung der Förderspielräume im Grenzland die nötige Rückendeckung zur Bewältigung der Anpassungsprozesse.

Die Erweiterung führt zu einer erheblichen Zunahme des Verkehrs. Der Verkehrszuwachs ist mit der heutigen Infrastruktur nicht mehr zu bewältigen.

Die erweiterte Union muss das hohe Niveau bei der inneren Sicherheit halten. Vor einem Wegfall der Personenkontrollen an den Grenzen zu den Beitrittsstaaten müssen die sog. „Schengen-Standards“ erfüllt und auf Dauer eingehalten werden.

II. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass:

- das EU-Aktionsprogramm zur Förderung der erweiterungsnahen Gebiete aufgestockt wird. Die dazu erforderlichen Finanzmittel sollen bis zur Reform der EU-Strukturpolitik durch Umschichtungen im EU-Haushalt bereitgestellt werden.
- die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, bei den Unternehmenssteuern ein Mindeststeueraufkommen zu erzielen.

- Mitgliedstaaten, die gemessen an ihrem Brutto-Nationaleinkommen bei den Unternehmenssteuern eine Mindeststeuerquote unterschreiten, die EU-Regionalfördermittel gekürzt werden.
- im Rahmen der Reform der EU-Strukturpolitik für nationale Fördermaßnahmen durch einen eigenen Beihilferahmen mehr Gestaltungsmöglichkeiten bleiben.
- die Grenzregionen insgesamt, also auch auf bayerischer Seite, in der neuen Strukturpolitik einen eigenen Förderstatus erhalten.
- die Bundesregierung endlich ihren Versprechungen nachkommt und die Grenzregionen unterstützt, insbesondere durch ein geschlossenes Grenzgürtelprogramm.
- sich die Bundesregierung nicht aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zurückzieht.
- die Bundesregierung zum Ausbau der Infrastruktur ein Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln auflegt. Straße und Schiene müssen im Hinblick auf die zu erwartende Verkehrszunahme rasch bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Bundesregierung muss im Bundesverkehrswegeplan die wichtigsten Ausbaumaßnahmen vorrangig berücksichtigen und die Finanzierung zeitnah im Bundeshaushalt sicherstellen. Außerdem muss am Donauausbau auf der Strecke zwischen Straubing und Vilshofen festgehalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt als transeuropäischer Verkehrsträger sicherzustellen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert:

- zur weiteren Ertüchtigung Ostbayerns Möglichkeiten der Flexibilisierung der Wirtschaftsförderung auszuschöpfen und noch stärker an Kleinunternehmen sowie Existenzgründern auszurichten.
- gerade auch in den grenznahen Gebieten zu den Beitrittsländern weiterhin eine ausreichende Polizeipräsenz sicherzustellen.

Der Präsident

I. V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident